

Italien

Roman Maruhn

Seit sechs Jahren befindet sich Italien in der Rezession. Die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat tiefe Spuren in der italienischen Gesellschaft hinterlassen. Weiterhin bleiben Politik und Politiker aufgerufen, ihr eigenes politisches System grundlegend zu reformieren und zu modernisieren, damit dieses wieder in der Lage ist, die Verantwortung für die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes zu übernehmen. Überraschenderweise gibt es in dieser Hinsicht ermutigende Zeichen von der neuen Regierung unter Ministerpräsident Enrico Letta von der Demokratischen Partei (PD).

Sturz der Regierung Monti, Isolierung Berlusconis, Wahl und Regierungsbildung

Silvio Berlusconi hatte oft angekündigt, er werde der Technikerregierung Monti, die er neben dem PD parlamentarisch unterstützte, „den Stecker ziehen.“ Und am 6. Dezember 2012 war es dann so weit: Unter Hinweis auf die Kritik von Wirtschaftsminister Corrado Passera an Berlusconis Plänen, bei den für das Frühjahr 2013 anstehenden Wahlen wieder als Spitzenkandidat seiner Partei anzutreten, enthielten Angelino Alfano, Generalsekretär der Berlusconi-Partei Popolo della Libertà (PDL), und seine Fraktionen in Abgeordnetenhaus und Senat sich der Stimme bei der Abstimmung über zwei Gesetzesdekrete. Damit und mit Montis Rücktritt am 21.12.2012 ging das seit November 2011 dauernde Zwischenspiel von Mario Monti als Ministerpräsident zu Ende und die Italiener konnten nahezu turnusgemäß nach fast fünf Jahren und damit einer fast vollen Legislaturperiode und zwei Regierungen ein neues Abgeordnetenhaus und einen neuen Senat wählen.

Beim Treffen der Europäischen Volkspartei (EVP) am 14. Dezember 2012 ließen sich Europas Konservative von Monti, der der EVP selber auch indirekt gar nicht angehörte, bei späterer Anwesenheit Berlusconis schildern, wie der PDL – immerhin ein Mitglied in der EVP – die Regierung Monti, die nicht nur starken Rückhalt in der EU insgesamt, sondern besonders bei den Konservativen genoss, zu Fall brachte. Die EVP geriet dabei freilich in einen Interessenkonflikt, da es Berlusconi bereits 1998 mit seiner damaligen Forza Italia gelungen war, in die EVP aufgenommen zu werden, und er entsprechend eine möglichst exklusive italienische EVP-Mitgliedschaft für seine Partei reklamiert. In der Folge dieses Showdowns forderte die EVP Monti dazu auf, an der Spitze des PDL oder einer konservativen bzw. christdemokratischen Partei, die es in dieser Form in Italien eigentlich nicht gibt, zu kandidieren. Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte demonstrative Unterstützung für Monti gegenüber Berlusconi, was besonders im Berlusconi-Lager und bei seinem traditionellen Koalitionspartner, der regionalistisch-separatistischen Lega Nord (LN), zu einer Debatte über und einer Kampagne gegen eine Einmischung der EU und besonders Deutschlands in den italienischen Wahlkampf führte. Das Verhältnis Merkel-Berlusconi kann in der Folge als definitiv zerrüttet bewertet werden: So begrüßte die Kanzlerin Berlusconi bei einem Treffen der EVP am 14.3.2013, an dem auch Monti teilnahm, nicht. Die Ablehnung in Europa gegenüber Berlusconi ist breit und findet nicht nur in der Politik, sondern auch an den Finanzmärkten statt: Der Präsident des Europäischen Parla-

ments Martin Schulz sagte im Wahlkampf, Italien und Europa bräuchten keine Berlusconi. Als Berlusconi seine Kandidatur offiziell machte, reagierte die Mailänder Börse mit einem massiven Kursverlust; ebenso verkauften Anleger in großer Zahl italienische Staatsanleihen, was den Spread zwischen den italienischen Papieren und ihren deutschen Pendanten massiv in die Höhe trieb.

Im Dezember 2012 erreichte der PD in Umfragen eine Zustimmung bei den Wählern in der Höhe von 38%. Generalsekretär Luigi Bersani gewann die internen Vorwahlen um die Spitzenkandidatur im PD gegen Matteo Renzi, Bürgermeister von Florenz. Einmal mehr bewiesen diese Vorwahlen der Demokratischen Partei ihren großen Wert bei der Mobilisierung der PD-Anhängerschaft. Im Januar 2013 entschied sich Monti überraschend und gegen den Ratschlag von Staatspräsident Giorgio Napolitano dafür, mit einer eigenen Liste „Scelta Civica“ und im Verbund mit der christdemokratischen UDC (Unione di Centro) und der PDL-Abspaltung „Futuro e Libertà“ (FLI) Gianfranco Finis an den Wahlen teilzunehmen. Maßgeblich für diese Entscheidung wird wohl eben die Aufforderung der europäischen konservativen Kollegen gewesen sein, bei den Wahlen anzutreten. Trotz eines für Monti und seine Liste eher enttäuschenden Ausgangs der Parlamentswahlen am 24. und 25. Februar 2013 muss ihm doch das große Verdienst anerkannt werden, auch auf Kosten einer weiteren politischen Laufbahn – Monti war auch als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten im Gespräch – wichtige Stimmen eines mehr oder weniger konservativen Lagers gebunden zu haben, die auch Berlusconi zugute hätten kommen können. Als noch verhältnismäßig neue politische Kraft ging auch der „Movimento 5 Stelle“ (M5S, Bewegung 5 Sterne) von Beppe Grillo nach einer Reihe von kommunalen und regionalen Wahlerfolgen – bei den Regionalwahlen im Herbst 2012 in Sizilien erhielt die Bewegung den insgesamt größten Stimmenanteil – in den Wahlkampf. Sowohl M5S als auch natürlich Lega Nord, die nach wie vor extremistische, separatistische und in hohem Maße europa- und ausländerfeindliche Partei, und in großen Zügen auch Berlusconi und sein PDL machten die Europäische Union, die deutsche Regierung und deren Politik in der europäischen Schuldenkrise zum Gegenstand ihrer Wahlkämpfe und fielen dabei durch bizarre Behauptungen auf: So lautete eine von Berlusconi vertretene These, dass Deutschland die Krise benützte, um der italienischen Wirtschaft zu schaden und der deutschen Vorteile zu verschaffen. Dieser Wahlkampf zu Lasten des europäischen Integrationsprojekts verursachte erheblichen Schaden nicht nur in den italienisch-deutschen Beziehungen, sondern auch beim Vertrauen der italienischen Bürger in die EU.

Nicht nur aufgrund des Wählerverhaltens, sondern auch des umstrittenen Wahlrechts („Porcellum“) brachten die Wahlen keine klare Regierungsmehrheit für eines der Wahlbündnisse allein, sondern es musste nach einer Koalition gesucht werden: Der PD war in der Erwartung eines klaren Erfolgs mit einer verhältnismäßig kleinen Koalition in die Wahlen gegangen und hatte mit der nationalen Mehrheitsprämie die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus errungen. Im Senat, der zweiten und gleichberechtigten Kammer, konnte er dagegen nur mit dem M5S oder Berlusconi PDL die absolute Mehrheit der Sitze erreichen. PD-Spitzenkandidat Bersani desavouierte sich im tragischen Versuch trotz dessen gegenteiliger Aussage doch noch eine Koalition mit dem M5S zu erreichen. Nach einer Hängepartie, die Staatspräsident Napolitano angesichts der Gefahr negativer Marktreaktionen gegenüber den italienischen Staatsanleihen zum Beispiel durch die Berufung einer Expertenkommission zur Staatsreform zu entschärfen suchte, gelang es erst Enrico Letta (PD) am 28. April eine Koalitionsregierung aus PD, PDL, Scelta Civica und UDC zu bilden. Letta galt bislang

als eher farbloser, aber dafür pragmatischer Politiker. Mit der Berufung der aus dem Kongo stammenden Cécile Kyenge als Integrationsministerin hat Italien zum ersten Mal eine Frau schwarzer Hautfarbe als Regierungsmitglied, die zudem als illegale Einwanderin ins Land gekommen war, als Verfechterin einer Reform des italienischen Staatsbürgerrechts im Sinne des *ius soli* gilt und somit über eine gelebte Erfahrungskompetenz verfügt, die auch aber nicht nur die wachsende Gruppe von Flüchtlingen, Einwanderern, Gastarbeitern und anderen Ausländern in Italien und deren Mitsprache und Partizipation in italienischer Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft betrifft.

War es unter der Technikerregierung Monti für die sie parlamentarisch unterstützenden Parteien nur ein begrenztes Problem auch mit dem politischen Gegner (PD und PDL) zusammenzuarbeiten, ist die Situation bei der Regierung Letta eine ganz andere: In Politik, Medien und Gesellschaft hatte sich während der Amtszeit Montis die Forderung nach einer neuen und politischen Regierung durchgesetzt, da nur eine solche in der Lage wäre, auch grundlegende Staatsreformen durchzuführen. Dass als Ergebnis des Wahlausgangs der basisdemokratisch-progressiv-liberale PD mit dem in seiner politischen Substanz eher autoritär-konservativ-protektionistischem und massiv dem Eigeninteresse Berlusconi dienenden PDL koalieren und gemeinsame politische Entscheidungen finden musste und muss, führt in der Regierung und den an ihr beteiligten Parteien immer wieder zu großen Spannungen, die ihren Höhepunkt im Herbst 2013 erreichten, als Berlusconi in der Folge seiner rechtskräftigen Verurteilung im sogenannten Mediaset-Prozess sein Senatsmandat niederlegen sollte. Berlusconi erlitt seine bisher größte politische Niederlage, als er, nachdem klar geworden war, dass der PD für einen Ausschluss Berlusconi aus dem Senat stimmen würde, versuchte die Regierung zu Fall zu bringen, große Teile seiner Partei ihm aber die Gefolgschaft verweigerten. Trotz dieser offensichtlichen Labilität der Regierung, die einmal mehr der Person Berlusconi geschuldet ist, hat sich Letta so weit als äußerst fähig erwiesen, einerseits Berlusconi und seinen PDL politisch in die Pflicht zu nehmen und andererseits auch erste vorzeigbare politische Ergebnisse zu erringen: Natürlich hält auch die Regierung Letta an den mit der EU getroffenen Vereinbarungen zur finanziellen Konsolidierung fest. Gleichzeitig wurden Steuererhöhungen aufgehoben oder zumindest aufgeschoben. Um den Konsum anzuschieben, Unternehmen und Arbeitnehmer zu entlasten, werden die Lohnnebenkosten ab dem Jahr 2014 gesenkt. Zwar handelt es sich hier um relativ kleine Beträge, aber das erste Mal seit vielen Jahren, wird der Faktor Arbeit verbilligt: Der italienische Durchschnittsangestellte soll dadurch von einem monatlichen Nettolohnplus in der Höhe von 14 Euro profitieren, was sogar ein bisschen mehr als nur eine rein symbolische Entlastung ist.

Staatspräsident Napolitano findet sich mit seiner Wahl am 20.4.2013 mit 87 Jahren als erster und ältester Präsident in einer zweiten Amtszeit wieder, nachdem zwei Kandidaten vor ihm – darunter auch der ehemalige Kommissionspräsident und italienische Ministerpräsident Romano Prodi – bei der Wahl durchgefallen waren. In seiner Antrittsrede, die ein unverblümter Rundumschlag gegen alle politischen Parteien und ihre Vertreter war, wies er auf sein fortgeschrittenes Lebensalter, die Versäumnisse und Unfähigkeit der Politiker, sowie auch darauf hin, dass es eine Zumutung sei, dass er das Amt noch einmal antreten müsse, nur weil sich die Parteien auf keine andere Person hatten einigen können. Seltsamerweise wurde diese massive Kritik an den versammelten Abgeordneten und Senatoren von diesen selbst mit enthusiastischem Applaus bedacht. Der Staatspräsident hat durch Amtsführung und Person Napolitanos, aber in erster Linie durch die seit Jahren herrschenden

politischen Umstände an Einfluss und Macht gewonnen. Auch die Regierung Letta steht unter dem Zeichen einer „Regierung des Präsidenten“, da es durch dessen politische Konsultationen und auch durch seine eigene Wiederwahl durch eben dieselbe spätere Regierungskoalition gelang, eine Regierung einzusetzen, nachdem dies die Parteien eigenständig nicht leisten konnten. Ob die jetzt amtierende Große Koalition – oft war in der Debatte auf Große Koalitionen in der Bundesrepublik verwiesen worden – zum Erfolgsmodell politischen Regierens in Italien werden kann, bleibt offen. Dass aber schwierige politische Situationen wie nach der Wahl vom Februar 2013 prinzipiell überwunden werden können und Italien keineswegs unregierbar ist, sollte den Bürgern selbst wie Roms europäischen und internationalen Partnern ein Stück verlorenen Vertrauens wieder zurückgeben.

Für die politische Lage Italiens bleibt festzuhalten, dass sich der lange Zeit auch mittels des Wahlrechts angestrebte Dualismus zweier politischer Lager in einen Wettbewerb und auch eine phasenweise Zusammenarbeit von mittlerweile drei politischen Lagern untereinander gewandelt hat. Dabei bleibt in einer vermeintlichen gegenseitigen Blockade diesen Parteien gar nichts anderes übrig, als wohl oder übel zusammenzuarbeiten. Das möglicherweise bevorstehende Ausscheiden Berlusconis aus der Politik könnte diese von dem großen Störfaktor der letzten 20 Jahre befreien, zwei für Italien verlorene Jahrzehnte beenden und unter Umständen für eine dynamischere Entwicklung des Landes sorgen. Die Notwendigkeit eines Bruchs mit der Vergangenheit gilt besonders für die politische Kultur: Politiker wie Berlusconi, die rechtskräftig für Straftaten verurteilt wurden, aber dennoch nicht von öffentlichen Ämtern zurücktreten, sondern sogar die Stabilität einer Regierung und des Landes aufs Spiel setzen, um nicht für persönliche Fehltritte einstehen zu müssen, sollten auch in Italien nicht der Regelfall sein. Der italienische Rechtsstaat darf die konsequente Anwendung des Gesetzes nicht auf die Normalbürger beschränken, sondern muss vollen Zugriff auf das politische Personal bekommen. Und die Politik muss sich im Rahmen beschränkter Immunitätsrechte, die nur und ausschließlich das politische Handeln schützen, dieser Legalität unterwerfen. Dieser gemeinsame Konsens der politischen Kräfte steht noch aus, und zwar nicht nur in Berlusconis PDL sondern auch in anderen Parteien. Die Parteien selber sollten im Rahmen eines Parteiengesetzes formell wie materiell in Zielsetzung, innerer Ordnung und Finanzierung die Charakteristika einer parlamentarischen Demokratie widerspiegeln, auch um schon zur Gewohnheit gewordenen Beleidigungen, Lügen, rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen, die sich besonders in den Reihen der LN häufen, keinen Platz in der politischen Debatte zu geben.

Land in der Krise

Korruption, Misswirtschaft, Umweltzerstörung und Naturkatastrophen – zu diesen vier großen Herausforderungen ist als feste Größe die Wirtschaftskrise dazugekommen, die aufgrund der Reaktion von Verbrauchern und Bürgern für einen Teil der Italiener wohl oder übel auch einen Modernisierungsschub besonders in der Lebensführung brachte: Einem weiterhin schrumpfenden Automarkt steht ein Boom beim Kauf von Fahrrädern gegenüber. Digitalisierung und soziale Netzwerke – elektronische wie auch physische (Carsharing) – verändern und modernisieren rasant die Gesellschaft. Obst und Gemüse werden wieder verstärkt privat angebaut und Lebensmittel öfter in den vier eigenen Wänden hergestellt. Die Landwirtschaft ist die einzige Branche, die eine Zunahme der Beschäftigten verzeichnen kann. Die in Italien traditionell hohe Sparquote (2008: 12%) ist mittlerweile auf einen tiefen Rekordwert von 8% gesunken. Der Zerfall der Mittelklasse,

die Verarmung großer Teile der Gesellschaft, aber auch die Zunahme von Reichen reihen sich zwar in europäische und internationale Trends ein, wurden aber durch die Krise in Italien noch einmal besonders verstärkt. Einst mächtige Industriezweige (Banken, Versicherungen, Automobilindustrie, Kommunikation), aber auch traditionelle Eliten und Strukturen verlieren massiv an Einfluss.

Einstellung des Defizitverfahrens

Trotz der schweren Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnte am 29. Mai 2013 das 2009 – das Haushaltsdefizit hatte damals einen Wert von 5,5% erreicht – gegen Italien eingeleitete Defizitverfahren eingestellt werden, nachdem Italien wieder die Drei-Prozent-Grenze unterschritten hatte. Gleichzeitig empfiehlt die Europäische Kommission, Arbeit von Steuern zu ent- und dagegen Eigentum und Verbrauch zu belasten. Noch ist es unklar, ob Rom auch das Jahr 2013 tatsächlich mit einem Defizit von unter 3% abschließen kann. Die Einstellung des Defizitverfahrens führte umgehend zur Möglichkeit, erste kleinere wachstumspolitische Programme zu verabschieden. 2013 wächst die Staatsverschuldung nach Zahlen der Regierung voraussichtlich um 3,3% auf 131,4% des BIP, während die Prognose 2014 bei einer Zunahme um 5,1% bei dann 132,2% liegen soll. Grund dafür ist neben dem statistischen Effekt eines seit Jahren sinkenden BIP auch die beschlossene Rückzahlung von Schulden des Staats an seine Gläubiger in einer ersten Tranche in Höhe von 40 Milliarden Euro. Mit der erneuten Erhöhung der Mehrwertsteuer IVA von 21 auf 22% am 1. Oktober 2013 wurde die Einnahmenseite des nationalen Haushalts verbessert.

Mit der Veröffentlichung einer Studie über die Privatvermögen der Europäischen Zentralbanken wurde das Argument für die primäre Verantwortlichkeit und Zuständigkeit der Mitgliedstaaten in der europäischen Schuldenkrise gestärkt: Überraschenderweise ergab die Studie eine erhebliche Differenz – besonders aufgrund von Wohneigentum – zwischen den verhältnismäßig reichen Privathaushalten der vor allem südeuropäischen Krisenstaaten und den vergleichsweise ärmeren Privathaushalten der eher nördlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und besonders der Eurozone, denen gegenüber oft argumentiert wird, sie sollten mehr europäische Solidarität und damit wohl auch Geldtransfers aus ihren weniger angespannten Haushalten in die unter Druck stehenden Staatshaushalte der Krisenstaaten zulassen. Im Fazit lässt diese Studie den Schluss zu, dass die Krisenstaaten über die notwendigen finanziellen Mittel zu einer Sanierung verfügen, auch wenn diese bei den Privathaushalten liegen. Die daraus folgende Frage, ob und wie ein Ausgleich zwischen Privatvermögen und den öffentlichen Haushalten getroffen werden kann, beschäftigt auch die öffentliche Debatte in Italien.

Finanzielle Stabilität

Bei der Frage, ob die Staatsverschuldung ein kritisches Niveau erreicht hat, gibt der Spread zwischen italienischen Staatsanleihen und seinen deutschen Pendanten Auskunft, und der zeigt sich immer noch verhältnismäßig volatil. Als aber am 20.4.2013 Präsident Napolitano in seine zweite Amtszeit gewählt wurde, fielen die zweijährigen Staatstitel auf den niedrigsten Zinswert seit 1993. Auch die zehnjährigen Anleihen erreichten wieder (niedrige) Marken wie zuletzt im Oktober 2010. Äußerst auffällig im Fall Italiens ist, dass der Spread und damit die Höhe der Zinsen, die der Staat für seine Titel den Anlegern zahlen muss, fast ausschließlich von den politischen Bedingungen und ganz maßgeblich der Person Berlusconi abhängt: Dieser hat einen äußerst negativen Einfluss auf die finanzielle

Stabilität des Landes. Und weiterhin weist auch die Europäische Kommission darauf hin, dass Italien ein Risiko für die anderen Mitgliedstaaten darstellen kann.

Dabei ist auf technischer Seite das Schuldenmanagement des italienischen Staats hoch professionell und äußerst erfolgreich: Die Ratings der Agenturen (Moody's Baa2, Standard & Poor's BBB, Fitch Ratings BBB+) sind bedrohlich niedrig, spiegeln zum großen Teil aber eben die erhebliche politische Unsicherheit und auch schwere wirtschaftliche Probleme wider. Über die Maßnahmen der EZB ist es gelungen, einen steigenden Teil der italienischen Staatsanleihen wieder in die Hände der italienischen Banken zu bringen. Über neue Instrumente wie die BTP Italia, besonders an Kleinsparer gerichtete Staatsanleihen mit garantiert über der Inflation liegender Verzinsung, versucht der Staat seine Verschuldung auch wieder verstärkt bei den italienischen Bürgern selbst zu refinanzieren. Auch ausländische und institutionelle Anleger sind wegen einer vergleichsweise hohen Verzinsung wieder zu den italienischen Papieren zurückgekehrt. Dieser Anlegermix und die Streuung der Papiere sollten strukturell die Volatilität der italienischen Verschuldung eingrenzen. Der „Tesoro“, das Schatzamt, zahlt gegenwärtig jährlich knapp 85 Milliarden Euro Zinsen. Auch wenn der Primärüberschuss von 35 auf 80 Milliarden Euro im Jahr 2017 steigen soll, wird der Staat in den nächsten Jahren Kürzungen von knapp 45 Milliarden Euro vornehmen müssen, um nicht die allgemein für die finanzielle Nachhaltigkeit als kritisch angesehene Obergrenze einer Gesamtverschuldung von 140% BIP zu erreichen. Die Verschuldung liegt weiterhin um die 2000 Milliarden Euro, was umgelegt 34.000 Euro pro Einwohner bedeutet.

Kein substantieller Aufschwung in Sicht

Wurde im Frühjahr 2013 für die Euro-Zone insgesamt das Ende der Rezession verkündet, lässt dieses in Italien auf sich warten: Die Wirtschaftsleistung soll auch 2013 um 1,3% (Regierung) bis 1,8% (OECD) schrumpfen. Erst für 2014 wird ein leichtes Wachstum (0,4%) erwartet. Auch die Industrieproduktion ging weiter zurück; besonders betroffen ist der Automobilbau. Immobilienmarkt und Bauwirtschaft befinden sich weiter in einem starken Konzentrationsprozess. Zwar gibt es im Gegensatz zu Spanien keine Immobilienblase, aber auch das Fallen der Preise für Häuser und Wohnungen - mit einem entsprechenden Geldverlust der Eigentümer - hat bislang keine Nachfragesteigerung auslösen können, da die Banken aufgrund von verschärften Eigenkapitalvorschriften und des Aufkaufs von Staatspapieren sowohl die Wirtschaft als auch die Privathaushalte mit immer weniger Krediten (Credit Crunch) versorgen. Für europäische Verhältnisse vergleichsweise hohe Zinsen hindern die verbliebenen kreditwürdigen italienischen Investoren an einem Engagement. Eine nur vorsichtige Zunahme des Konsums gründet sich in dem seit 2008 erlittenen Kaufkraftverlust der italienischen Familien, der laut Unternehmerverband Confindustria erst wieder im Jahr 2036 (!) ausgeglichen sein soll. Auch wenn Italien Mitgliedstaat der G8 ist, wurde es mittlerweile von Russland in der Größe der Wirtschaft überholt und findet sich auf dem neunten Platz wieder.

Soziale Krise

Breite Bevölkerungsschichten sind von Armut bedroht; rund zwei Millionen Menschen sind aus der an sich als sehr inklusiv geltenden öffentlichen Krankenversicherung Servizio Sanitario Nazionale gefallen, weil ihnen das Geld für die Eigenbeteiligung fehlte. Die Hilfsorganisation Emergency, die ursprünglich in der Entwicklungshilfe aktiv war, hat kostenfreie Polikliniken in Großstädten erst für illegale Einwanderer aufgebaut, die jetzt

aber auch von immer mehr Italienern genutzt werden. Die Krisenfolgen verschärfend kommt hinzu, dass der Sozialstaat sich in erster Linie auf die Altersversorgung konzentriert und damit kein sehr belastbares Netz für die Menschen darstellt, die Arbeit verlieren oder aus anderen Gründen von Armut bedroht sind. Durch eine aufgrund der unterschiedlichen Finanzkraft von Kommunen und Regionen höchst ungleiche Verteilung der Sozialleistungen zwischen Norden und Süden, reichen und armen Gebieten, werden die schon immer bestehenden sozialen Gegensätze in der Krise weiter verschärft.

Die Arbeitslosenquote steigt zwar verlangsamt, aber konstant weiter: 2013 werden 11,8% prognostiziert, 2014 12,2%. Dabei nimmt die Beschäftigtenzahl von Männern ab, während die der Frauen zunimmt. Auch die Jugendarbeitslosigkeit hat den neuen Rekordwert von 40,1% erreicht. In den letzten sechs Jahren sind in Italien 1,6 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Entsprechend hat sich 2012 die Zahl der Menschen, die Italien verlassen, um 30 Prozent auf 78.941 erhöht. Im Schnitt sind diese zwischen 20 und 40 Jahren alt und ziehen hauptsächlich nach Deutschland, in die Schweiz und nach Großbritannien.

Kritische Infrastruktur

Verschärft wird die Krise durch eine anhaltende Zurückhaltung ausländischer Investoren: Ein intern recht protektionistisches Wirtschaftssystem, fehlende Rechtssicherheit, veraltete Infrastruktur in einem Land, das ohnehin neben schwierigen geologischen Faktoren immer wieder mit Naturkatastrophen wie Erdbeben und Erosion zu kämpfen hat, begrenzen das Interesse an wirtschaftlicher Aktivität auch aufgrund der peripheren europäischen Lage auf den Norden und allenfalls die Mitte des Landes. Auch an den Städten sind mit anderen europäischen Ländern vergleichbare Modernisierungsprozesse vorbeigegangen: Öffentliche Transportmittel sind wenig und schlecht ausgebaut, die Durchschnittsgeschwindigkeit des Straßenverkehrs sinkt konstant mit entsprechenden Folgen für die Produktivität nicht nur von Unternehmen, sondern auch Individuen. Immer wieder geraten die formal ehemaligen Transportunternehmen des Staates, die das strategische Rückgrat für ein Land mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von 1200 Kilometern, einem sehr hohen Gebirgsanteil, zwei großen Inseln und über 60 Millionen Menschen Bevölkerung garantieren sollten, in existentielle Krisen: Aufgrund der Schuldenkrise kaufen gerade die Regionen des Südens dem Bahnbetreiber Trenitalia immer weniger Zugverbindungen ab und erschweren damit die Arbeitswege für Pendler. Die Fluggesellschaft Alitalia steht einmal mehr vor dem Bankrott, wenn kein starker internationaler Partner und Investor gefunden wird.

Erstmalig ist zum Gegenstand einer breiteren öffentlichen und politischen Debatte auch das Risiko für Gesundheit und Umwelt geworden, das von veralteten und gesetzliche Auflagen verletzenden Industrieanlagen ausgeht: Das Stahlwerk der Firmengruppe ILVA in Tarent, einer der Hauptarbeitgeber in der apulischen Stadt, wurde gerichtlich stillgelegt, bis die noch amtierende Regierung Monti mit einem Gesetz die Produktion bei gleichzeitiger Sanierung wieder aufnehmen ließ und die Anlage unter staatliche Sonderverwaltung stellte. Die Europäische Kommission eröffnete in der Folge ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien im Bereich des Umweltschutzes.

Europa: Zwischen Solidaritätsanspruch, Mitbestimmung und Eigeninitiative

Nach einer längeren Standortbestimmung und Beobachtung der europäischen Politik bei der Lösung der Schuldenkrise (das Modell der Bankenrettung in Zypern) setzt sich in Italien die Auffassung durch, dass das Land auch angesichts seiner für die EU insgesamt

kritischen Größe nicht auf größere Unterstützung durch die europäischen Partner setzen kann, sondern unter verhältnismäßig strenger Einhaltung europäischen Rechts seine finanziellen und auch wirtschaftlichen Probleme in nationaler Verantwortung lösen muss. Dabei ist die Regierung in Rom bei allen finanzpolitischen Entscheidungen stark an das Dahalten der Europäischen Kommission gekoppelt. Ebenso hat die Macht der Europäisierung besonders im Vergleich mit anderen Ländern der Euro-Gruppe seit der Einsetzung der Regierung Monti und dem vorausgegangenen Debakel der letzten Regierung Berlusconi im relativ schwachen politischen System Italiens überaus großen Einfluss. Dem gegenüber steht aber auch eine trotz aller italienischer Kritik an den realen Zinsunterschieden in der EU den gegenüber südeuropäischen Krisenländern und besonders Italien gewogene Geldpolitik der Europäischen Zentralbank unter ihrem Präsidenten Mario Draghi. Die Politik der EZB, an die in Italien auch mit dem Ausdruck „Super Mario“ angespielt wird, kann trotz der Schwere der Krise gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Eine ernsthafte Bildung von Allianzen innerhalb der EU und besonders der Eurozone beispielsweise gegen die Politik Deutschlands ist bis jetzt nicht an der vermeintlichen Stärke Berlins, sondern an der Schwäche einer strategischen europapolitischen Koordinierung der Regierungen beispielsweise in Paris, Rom und Madrid gescheitert. Die italienische Regierung sucht hier im Rahmen der von der Regierung Monti übernommenen kritischen und gleichzeitig konstruktiven Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung noch einen festeren Platz in der strategischen Europapolitik.

Nationale Eigeninitiative hat Rom erst nach entsprechenden Aufrufen von Papst Franziskus und nach dem schweren Unglück von Bootsflüchtlingen vor Lampedusa mit 366 Toten gezeigt: Die verhältnismäßig gut ausgestattete Rettungsmission „Mare Nostrum“ (Unser Meer) der italienischen Marine setzt erstmals im größeren Maßstab militärische Hochtechnologie nicht zur Abwehr, sondern zur Rettung von Menschenleben und zur Fahndung nach Schleppern ein.

Weiterführende Literatur

European Commission: Europe 2020 in Italy, auf: http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/italia/index_en.htm.

L'Italia di nessuno, Limes-Rivista italiana di Geopolitica 4/2013.

Maurizio Cotta/Roman Maruhn/César Colino: Italy Country Report, SGI Sustainable Governance Indicators 2014, auf: <http://www.sgi-network.org/> (in Vorbereitung).

Zsolt Darvas: The euro area's tightrope walk: debt and competitiveness in Italy and Spain, Bruegel Policy Contribution, auf: <http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/790-the-euro-areas-tightrope-walk-debt-and-competitiveness-in-italy-and-spain/>.

Ilvo Diamanti/Paolo Natale (a cura di): Grillo e il Movimento 5 Stelle, Comunicazione Politica 1/2013.